

dbb news

Einkommensrunde TV-L 25/26 / Nr. 27

Februar 2026

Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen in Mainz und Hannover

Angemessene Erhöhung der Einkommen absolutes Minimum!



Hannover, 4. Februar 2026



Mainz, 4. Februar 2026

dbb.de
25/26 **7%** **300 Euro mind.**

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder sorgen dafür, dass staatliche Daseinsvorsorge funktioniert. Dafür verdienen sie angemessene Einkommen. Und dafür sind die Tarifbeschäftigten aus den dbb-Fachgewerkschaften in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen am 4. Februar 2026 in den Streik getreten. Bei den Demonstrationen und Kundgebungen in den jeweiligen Landeshauptstädten erhielten sie von den verbeamteten Kolleginnen und Kollegen Unterstützung.

Mainz am 4. Februar 2026

In Mainz haben die Beschäftigten die Forderungen in der Einkommensrunde 25/26 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit einem landesweiten Warnstreik untermauert. Über 2.500 Mitglieder der dbb-Fachgewerkschaften nahmen an der Demonstration teil. „Ständig beschließt die Politik neue Aufgaben. Die Beschäftigten in praktisch allen Teilen des öffentlichen Dienstes sind überlastet. Da ist eine angemessene Erhöhung der Einkommen das absolute Minimum“, sagte dbb-Tarifchef Andreas Hemsing bei der Abschlusskundgebung.

Lilli Lenz, Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, stellte klar, dass die Landesregierung einen möglichen Tarifabschluss auf die Beamtinnen und Beamten übertragen muss. „Beamtinnen und Beamte stehen für einen funktionierenden Rechtsstaat. Deshalb erwarten sie natürlich auch von ihrem Dienstherrn, sich an Recht und Gesetz zu halten. Beamtinnen und Beamte dürfen nach den Tarifverhandlungen nicht das Nachsehen haben.“

Hannover am 4. Februar 2026

„Bereits heute fehlen in Bund, Ländern und Kommunen über 600.000 Beschäftigte. Die Folge: permanente Überlastung. Und ‚zum Dank‘ wollen die Länder nun mal wieder bei den Einkommen knausern. Das ist nicht nur unfair gegenüber



Mainz, 4. Februar 2026



Mainz, 4. Februar 2026



Mainz, 4. Februar 2026



denen, die den Laden 24/7 am Laufen halten, es ist ausgesprochen kurzsichtig. Ohne konkurrenzfähige Einkommen werden noch mehr Kolleginnen und Kollegen in die Privatwirtschaft abwandern und junge Menschen werden gar nicht erst zu uns kommen.“, erklärte dbb-Chef Volker Geyer am 4. Februar 2026 vor rund 1.000 Demonstrierenden in Hannover und machte deutlich: „Die Länderchefs müssen begreifen: Ohne uns ist kein Staat zu machen!“

Der 1. Vorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, forderte die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten. „Das Bundesverfassungsgericht hat gerade erst wieder klargestellt, wie eine amtsangemessene Alimentation auszusehen hat: Bund und Länder haben die Pflicht, die Besoldung gemessen an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung und des allgemeinen Lebensstandards fortzuschreiben. Es ist traurig genug, dass die Politik vom höchsten deutschen Gericht erinnert werden muss.“



Facebook: [@dbb beamtenbund und tarifunion](#)
Instagram: [@dbb.online](#)
LinkedIn: [@dbb beamtenbund und tarifunion](#)
Bluesky: [@dbbonline.bsky.social](#)

Weitere Infos zur
aktuellen
Einkommensrunde
finden Sie unter:
www.dbb.de/einkommensrunde



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten 41 kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb news** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**. Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

